Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Press release
Kiel, 13.01.2006

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

SSW-Antrag zur Wirtschaftspolitik: Landesregierung soll Fixierung auf Hamburg auskurieren

Der SSW fordert die Landesregierung auf, verstärkt die wirtschaftlichen Perspektiven des Landesnordens zu fördern. Die Große Koalition ist fast schon pathologisch auf Hamburg fixiert und hat ihre Standortpolitik sehr weitgehend auf diese Metropolregion ausgerichtet. Aber die strukturschwächeren Regionen in Schleswig-Holstein haben auch einen Anspruch darauf, von ihrer Regierung unterstützt zu werden, mahnt die Vorsitzende des SSW in Landtag, Anke Spoorendonk. Einen entsprechenden SSW-Antrag (Drs. 16/433) wird der Landtag in der übernächsten Woche beraten.

Die Landesregierung baut ihre Standortpolitik auf die naive Vorstellung, dass eine schlichte Erweiterung des Konzeptes für die Metropolregion Hamburg und die Vereinheitlichung der EU-Förderung schon dem ganzen Land hilft. Eine erfolgreiche Standortpolitik für Schleswig-Holstein muss aber auf mehreren Beinen stehen, um allen Regionen im Land gerecht zu werden.

Der Norden des Landes hat andere Interessen und andere Chancen, und diese liegen vor allem im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Um auch dem Landesteil Schleswig eine Perspektive zu eröffnen, muss die Landesregierung sich konsequenter und kompetenter als bisher in der Zusammenarbeit mit Dänemark engagieren. Für den Norden

SSW IM LANDTAG

Schleswig-Holsteins ist diese Kooperation DIE entscheidende strategische Perspektive, um Wachstum und neue Arbeitsplätze in der Region zu schaffen. Leider misst diese Landesregierung ebenso wie ihre rot-grünen Vorgänger dem Zusammenwachsen der deutsch-dänischen Grenzregion bei weitem keine so hohe Bedeutung zu wie der Zusammenarbeit mit Hamburg.

Beim neuen Standortkonzept der Landesregierung geht es nicht um eine bessere Politik für alle Standorte im Land, sondern um eine Vereinheitlichung, die durch die kalte Küche dem Nordstaat den Weg ebnen soll. Das lehnen wir ab. Damit die Wirtschaftspolitik nicht dauerhaft zu Lasten des Nordens geht, muss die Landesregierung die Fusionspläne endgültig begraben. Außerdem muss die Regionalförderung ab 2007 weiterhin auf strukturschwache ländliche Räume und die Westküste konzentriert bleiben.

SSW IM LANDTAG